

Eine unbequeme Wahrheit:

„Europa gibt mehrere Billionen Euro dafür aus, den Temperaturanstieg um 0,05 Grad zu bremsen“ Zeit für eine rationale Politikwende!

Von Björn Lomborg

Der neue Bericht des UN-Weltklimarates IPCC war nicht von Panik und Katastrophen geprägt, die leider vielfach die Klimadebatte dominieren und damit zu einer extrem kostspieligen, aber ineffektiven Politik führen, das IPCC hat klargestellt, dass die globale Erwärmung real ist und weitgehend vom Menschen verursacht ist. Aber der neue Bericht unterstützt doch die Angstmacherszenarien von bis zu 5 Grad Temperaturanstieg, die einige Klimaaktivisten und -politiker verbreiten. Der Anstieg im 21. Jahrhundert soll laut IPCC nun bei 1 bis 3,7 Grad liegen. Auch mit Blick auf den Meeresspiegel hat der Bericht alarmistische Behauptungen abgefertigt, wonach dieser 1 bis 2 Meter oder noch viel höher steigen werde. Die unterschiedlichen Szenarien des IPCC prognostizieren nun im Durchschnitt einen Anstieg von 40 bis 63 Zentimetern, nach den extremen Schätzungen könnten es am unteren Rand 26 Zentimeter, am obersten Rand auch 82 Zentimeter werden.

Seit 1980 hat der Durchschnitt aller Klimamodelle den tatsächlichen Temperaturanstieg um 71 bis 159 Prozent überschätzt. Das heißt nicht, dass es nicht ein wenig globale Erwärmung gibt, aber die Horrorszenarien werden damit unwahrscheinlicher. In den vergangenen 15 Jahren gab es sogar fast keine Erwärmung.

Unsere Klimadebatte ist zu lange von Weltuntergangspropheten beherrscht worden. Vor einigen Jahren präsentierte der frühere amerikanische Vizepräsident Al Gore, der 2007 gemeinsam mit dem IPCC den Friedensnobelpreis bekam, seinen Film „Eine unbequeme Wahrheit“. Darin sah man, wie sich das Meer um mehr als 6 Meter gewaltig anhebt und schließlich Florida überschwemmt, ebenso Peking und Bangladesch.

Der Film hat fürchterliche Ängste geweckt, doch hat er keine Basis in der Realität. Angstmacherei und Panik sind sicherlich nützlich, um die Bevölkerung aufzurütteln oder um Stimmen und Unterstützung für eine bestimmte Politik zu gewinnen. Aber sie sind schlechte Ratgeber für eine rationale, kluge Politik.

Der nun prognostizierte Meeresspiegelanstieg ist eine deutlich handhabbarere Herausforderung. In den vergangenen 150 Jahren ist das Meeresniveau ungefähr um 30 Zentimeter gestiegen. Unsere Vorfahren, mit weniger Ressourcen und weniger technischem Wissen ausgestattet, haben diese Herausforderung gemeistert. In einer Liste globaler Probleme des 20. Jahrhunderts würde der Meeresspiegelanstieg wohl kaum erwähnt werden.

Was wir in der Klimadebatte brauchen, ist eine Rückkehr zu Rationalität und Realismus. Der Klimawandel findet statt und hat ab einem Temperaturanstieg von etwas über 2 Grad einen insgesamt schädlichen Einfluss, wie die Ergebnisse ökonomischer Modelle zeigen, die Professor Richard Tol von der Universität von Sussex und der Freien Universität Amsterdam ausgewertet hat (‘Targets for global climate policy: An overview’, in: ‘Journal of Economic Dynamics and Control’, Mai 2013). Allerdings kommen diese Modelle auch zu dem Ergebnis, dass die gegenwärtige moderate Erwärmung unter dem Strich sogar einen globalen Wohlstandsgewinn bedeutet, wobei dieser ungleich verteilt ist. Einige Länder, die in kalten und gemäßigten Zonen liegen, profitieren; andere in den heißen Zonen haben Einbußen. Weltweit verursacht die Kälte jedoch bei weitem mehr Tote als die Hitze. Steigen die Temperaturen, so wird die Zahl der vermiedenen Kälte-Toten die der Hitze-Toten bei weitem überwiegen.

Mitte des 21. Jahrhunderts schätzen Forscher die Zahl der zusätzlichen durch Hitze verursachten Sterbefälle auf 400.000, die Zahl der vermiedenen Kälte-Toten aber auf 1,8 Millionen (F. Bosello, R. Roson, R. Tol: „Economy-wide estimates of the implications of climate change: Human health“, in: „Ecological Economics“, 2006). Ökonomisch gesehen ist eine moderate Erwärmung ein Vorteil, weil die Getreideernten auf der ganzen Welt insgesamt steigen (CO<sub>2</sub> in der Luft hat einen Düngeeffekt) - unter dem Strich zumindest - weil sie in den gemäßigten Klimazonen stärker wachsen als sie in den tropischen Ländern sinken. Zudem gibt es eine große Ersparnis an Heizkosten, die größer ist als die Zusatzausgaben für Kühlung. Laut Schätzungen von Wissenschaftlern in dem demnächst erscheinenden Buch „How Much Have Global Problems Cost the World: A Scorecard from 1900 to 2050“ (Cambridge University Press) hat die globale Erwärmung seit dem Jahr 1900 einen Nettonutzen für die Menschheit gebracht. Ihre Wohlstandsgewinne - etwa 1,5 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts - werden etwa im Jahr 2025 einen Hochpunkt erreichen. Erst gegen Ende des Jahrhunderts wird die Erderwärmung einen Nettoverlust bedeuten. Das bedeutet: Wir dürfen uns nicht zurücklehnen, denn der Klimawandel wird ein zunehmendes Problem, aber die politischen Maßnahmen, die wir ergreifen, müssen kosteneffizient sein. Die Schlussfolgerung vieler Klimaaktivisten, dass wir jetzt sofort eine strenge Politik zur CO<sub>2</sub>-Minderung auflegen müssen, sieht vor dem Hintergrund der bisherigen Politiken und dem bisher Erreichten fragwürdig aus.

Das Kyoto-Protokoll ist gescheitert. Für manche andere politische Maßnahmen haben einige Länder zwar phänomenale Summen ausgegeben, doch dafür sehr wenig erreicht. Nehmen wir zum Beispiel die weltweit bedeutendste Klimapolitik, die 20/20-Strategie der EU mit ihrem Herzstück, der Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen gegenüber 1990 um 20% bis zum Jahr 2020 und der Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent. Diese Politik bringt enorm hohe Kosten mit sich, zum einen direkt, aber noch mehr indirekt durch ein Zurückhalten des Wachstums in Europa. Laut durchschnittlicher Schätzung der führenden energiewirtschaftlichen Modelle, die erstmals Richard Tol, ausgewertet hat, kostet die 20/20-Strategie jährlich etwa 185 Milliarden Euro. Über das gesamte 21. Jahrhundert würde eine Fortsetzung der Politik rund 15 Billionen Euro kosten. („A cost-benefit analysis of the EU 2012/2020 package“, in: „Energy Policy“, Oktober 2012) Aber wenn man nun den Klimateffekt berechnet, der sich aus der CO<sub>2</sub>-Emissionsminderung der Europäer aufgrund dieser Strategie ergibt, kommt man zu einer erschreckend belanglosen Zahl: Laut den Standard-Klimamodellen des IPCC wird die 20/20 Strategie den globalen Temperaturanstieg nur um 0,05 Grad Celsius reduzieren.

Die deutsche Energiewende, die ja noch viel höhere Zielwerte für die Erneuerbaren setzt, hat auch keine bessere Bilanz. Die rund 100 Milliarden Euro, die schon jetzt den Solarstromproduzenten an Subventionen versprochen worden sind, haben einen minimalen Effekt auf das Klima. Setzt man die hierdurch erreichten CO<sub>2</sub>-Einsparungen in die üblichen Klimamodelle ein, ergibt sich eine Verzögerung der Erderwärmung um bloß 37 Stunden bis Ende des Jahrhunderts. Für jeden Euro, den die EU und Deutschland mit ihrer gegenwärtigen Politik ausgeben, vermeiden sie etwa 3 Cent Schäden durch den Klimawandel. Das ist keine rationale Politik!

Es überrascht nicht, dass der IPCC-Bericht mehr Aufmerksamkeit im besorgten Europa erregt hat als in anderen Teilen der Welt. Ein Großteil der Schwellen- und Entwicklungsländer hat aktuell andere Prioritäten. Sie plagen sich damit, dass etwa 3,5 Millionen Menschen jährlich an Luftverschmutzung sterben, weil sie keinen modernen Brennstoff zur Verfügung haben und deshalb mit Holzkohle und Abfällen heizen und kochen, oder dass 10 Millionen Menschen an leicht heilbaren Krankheiten sterben. Länder wie China sorgen sich darum, die nächsten 100 Millionen Menschen aus der Armut zu befreien. Wenn die Maßnahmen gegen Klimawandel nicht ökonomisch effizient sind, dann werden sie nicht nachhaltig sein, weil um ihren Aufstieg kämpfende Länder wie China oder Indien sich ihnen nicht anschließen werden.

Für das Copenhagen Consensus Center hat eine Gruppe von Ökonomen, darunter drei Wirtschaftsnobelpreisträger, die verschiedenen Strategien gemäß ihres Kosten-Nutzen-Verhältnisses evaluiert und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die klügste langfristige Strategie nicht darin liegt, die heutigen, sehr ineffizienten, „grünen“ Technologien (wie die derzeitigen Solarpaneele) zu subventionieren. Stattdessen müsste der Schwerpunkt darauf gelegt werden, durch Forschung und Innovationen die Kosten zu senken von künftigen Generationen von Windkraft- und Solaranlagen sowie vieler anderer, erstaunlicher Möglichkeiten. Wenn solche erneuerbaren Energiequellen einmal wirklich billiger sind als fossile Brennstoffe, dann wird jeder auf der Welt sofort dorthin wechseln, nicht nur die subventionierten, wohlmeinenden Westler.

Die globalen Ausgaben dieses Ansatzes mit Forschung und Entwicklung würden weniger als die Hälfte der derzeitigen EU-Klimapolitik betragen. Und der Nutzen wäre hoch. Damit könnte man bis zu 11 Euro künftiger Klimawandelschäden mit nur 1 Euro Ausgaben vermeiden. Das ist eine rationale, hocheffiziente Politik. Der moderate neue IPCC-Bericht sollte jetzt die Debatte in konstruktive Bahnen lenken. Statt sich in Angstszenarien zu ergehen, müssen wir den Klimawandel als eine der vielen Herausforderungen begreifen, die dieses Jahrhundert stellt. Realistische, kosteneffiziente Investitionen sind das Gebot der Stunde.

Aus dem Englischen von Philip Plickert.

Bjorn Lomborg ist Direktor des Copenhagen Consensus Center und lehrt als außerplanmäßiger Professor an der Copenhagen Business School